

Politische Bildung im Sachunterricht

»Wenn wir alle gleicher Meinung wären ...«

Michel Dängeli, Katharina Kalcsics Schülerinnen und Schüler stören sich oft an Konflikten in politischen Prozessen, da »Streit« in ihrer Lebenswelt häufig geächtet wird. Eine elementare politische Bildung in der Grundschule sieht sich daher vor die Aufgabe gestellt, in eine »Kultur des Dissens« im Bereich des Öffentlichen und Politischen einzuführen.

Foto: © Shutterstock/Pressmaster



Autoren

Prof. Dr. Katharina Kalcsics

Michel Dängeli

PH Bern

Politische Vorstellungen von Schülerinnen und Schülern

»Wenn wir alle gleicher Meinung wären, dann gäbe es – glaube ich – keinen Krieg mehr auf der Welt«, meinte jüngst Timo (11 Jahre) in einer Gruppendiskussion über Politik.

Da sich die Klasse in einer vorangehenden Stunde bereits mit dem Klimawandel befasst hatte, nahm die Lehrperson sogleich Timos Aussage auf, um nachzufragen, ob es denn nicht eine gute Idee wäre, einen König einzusetzen, der sich konsequent des Klimaschutzes annehmen würde. Er könnte doch einfach alles Notwendige anordnen und müsste nicht auf alle die unterschiedlichen Meinungen Rücksicht nehmen.

Die Schülerinnen und Schüler zweifelten an diesem Vorschlag. Ganz verwerfen mochten sie ihn aber auch nicht und Timo entschied sich schließlich mit »Jein« zu antworten. Irgendwie sei das schon ein guter Vorschlag, es ließen sich so die Umweltprobleme sicher einfacher lösen – meinte er – aber was würden wir machen, wenn sich der König dann doch als schlecht entpuppte?

»Wir hätten Pech gehabt«, war sich die Gruppe alsbald einig und reagierte einigermaßen irritiert, als die Lehrperson nachfragte, wer denn mit »wir« gemeint sei?

»Ja, wir alle natürlich – das ist doch ganz klar«, entgegnete schließlich Lisa (11 Jahre). In dieser kurzen Sequenz wird deutlich, wie differenziert bereits Grundschülerinnen und Grundschüler Politik wahrnehmen. So hat Timo einerseits klare Zielvorstellungen von Politik, nämlich Frieden auf der Welt und Umweltschutz. Andererseits bleiben die Vorstellungen vom »Wir« in einer Demokratie reichlich nebulös, und gerade Timo betrachtet Meinungsvielfalt überdies sehr kritisch, sie erscheint ihm gar als Ursache für Streit und Krieg. Die Meinungsvielfalt ganz ausschalten und einen König einsetzen möchte die Gruppe dann doch nicht, da ihnen Demokratie durchaus zutreffend als das politische System erscheint, welches erlaubt, Herrschende ohne Blutvergießen wieder loszuwerden.

Konflikte – mehr als bloße Störungen

Die Gruppe tut sich offensichtlich schwer mit Konflikten in der Politik. Mit dieser Ansicht steht sie nicht alleine da, denn viele Schülerinnen und Schüler verstehen politischen »Streit« oft nicht als notwendigen klärenden Prozess, um politische Lösungen auszuhandeln und Probleme aus verschiedenen Blick-

winkeln zu beleuchten (Asal & Burth 2016). Die Kinder bewerten Auseinandersetzungen, Kritik und legitime Einzelinteressen gar negativ (Kuhn 2004). Ein Blick in die schulische Praxis zeigt auch auf, wie sie mitunter zu diesen Bewertungen kommen. So gilt etwa Streit in vielen Schulen als etwas Schädliches und gerade Grundschullehrkräfte versuchen, diesen oftmals mittels moralischer Ermahnungen zu »lösen« oder gar nicht erst aufkommen zu lassen (Ohlmeier 2009).

Wird jedoch dieser Bewertungsmaßstab, welchem im tagtäglichen schulischen Umgang durchaus seine Berechtigung zukommt, auf die Politik übertragen, dann wird die Wahrnehmung von Politik verzerrt.

Demokratie zeichnet sich als politisches System gerade dadurch aus, dass sie es erlaubt, Interessenkonflikte öffentlich und geregelt auszutragen. Die didaktische Herausforderung für den schulischen Unterricht besteht folglich darin, Streit und Konfliktvorstellungen so zu verändern, dass Schülerinnen und Schüler Konflikte nicht als bloße Störung auffassen. Ferner gilt es, gezielt mit dem Begriffspaar privat/ öffentlich zu arbeiten, um die unterschiedliche Funktion von Konsens und Konflikt im Privaten und im Öffentlichen zu kennzeichnen oder wie es Thormann schreibt: »Während Konsens im privaten Nahraum einhergeht mit Wünschen und Erfahrungen, aber auch mit Unterschieden, die toleriert und anerkannt werden, ist der Sinn des Öffentlichen der Streit um Tatsachen und Werte, um Regelungen und Verordnungen und also auch der interessenbezogene Kampf um Entscheidungen und ihre Durchsetzung« (Thormann 2012).

Demokratie – ein Name für einen Streit darüber, wie wir die Welt einrichten wollen

Demokratie ist folglich konflikthaft verfasst und ihre Aufgabe besteht nicht darin, für gleiche Meinungen zu sorgen. Demokratie kann viel eher als nicht abzuschließende Aufgabe verstanden werden, immer neue Lebensbereiche zu demokratisieren wie etwa die Wirtschaft, die Verwaltung, die Schulen, die Wissenschaft und viele mehr. Dieser Forderung nach Erweiterung von Partizipationsmöglichkeiten kann nie abschließend nachgekommen werden, deshalb ist Demokratie eine »ewige« Aufgabe oder wie es der Philosoph Derrida ausdrückte: Demokratie ist »stets im Kommen«. Damit einher geht auch die Erkenntnis, dass die gegenwärtigen Ausgestaltungen unserer

Demokratien nicht notwendigerweise so sein müssen, wie sie sind, sondern auch gänzlich anders ausfallen könnten. Der Bielefelder Demokratietheoretiker Flügel-Martinsen schreibt daher auch, dass Demokratie der Name für einen Streit darüber sei, wie wir die Welt einrichten möchten.

Didaktische Herausforderungen des Demokratielernens

Aus den eingangs skizzierten Schülerinnen- und Schülervorstellungen zu Politik und mit Blick auf das Bildungsanliegen »Demokratie lernen«, lassen sich folgende zwei Punkte als didaktische Herausforderungen für den Unterricht benennen:

1. Konfliktvorstellungen von Schülerinnen und Schülern gilt es zu erweitern, so dass Konflikte nicht als bloße Störung verstanden werden. Entsprechend ist zwischen der privaten und der öffentlichen Sphäre zu unterscheiden und damit auch zwischen dem sozialen und dem politischen Lernen. Konfliktfähigkeit im Privaten ist häufig von einer »Kultur des Konsens« geleitet, wogegen Konfliktfähigkeit im Öffentlichen von einer »Kultur des Dissens« geprägt wird.

2. Wird Demokratie nicht einfach als institutionelle Setzung verstanden, sondern als nie gänzlich einzulösende Forderung nach Veränderung und Erweiterung von Partizipationsmöglichkeiten, dann gilt es auch die Frage nach Partizipation im schulischen Kontext zu stellen.

Punkt eins und zwei werden in den nachfolgenden Kapiteln näher beleuchtet.

Konfliktfähigkeit im Privaten und im Öffentlichen

Die Ansicht, dass soziales Lernen als Grundlage für politisches Lernen verstanden werden könne und sich daher etwa durch Partizipation in der Schulklasse (Beispiel Klassenrat) das Verständnis für die Funktionsweise des demokratischen Staates verbessern lasse, ist weit verbreitet. Viele Lehrpersonen würden dem wohl auch zustimmen.

Diese Alltagsintuition führt allerdings in die Irre. Reinhardt legt in einer Meta-Analyse von dreizehn Studien überzeugend dar, dass ein Transfer vom Sozialen ins Politische häufig misslingt, da die Unterschiede zwischen dem privaten und öffentlichen Raum ausgeblendet würden (vgl. Reinhardt 2009). Thormann schreibt entsprechend: Das »*signifikant Andere des öffentlichen demokratischen Raumes*

[kann] nicht im privaten Raum der Gemeinschaft gelernt und erfahren werden« (Thormann 2012). Diesem Umstand gilt es beim Entwickeln von Unterricht Rechnung zu tragen, indem das soziale und politische Lernen komplementär zueinander gedacht werden. Soziales Lernen ist einerseits also keinesfalls »nur« ein Anliegen, das vor dem politischen Lernen wichtig ist, sondern eine Aufgabe, welche über alle Schulstufen hinweg ihre eigenständige Bedeutung hat. Auf der anderen Seite gilt es bereits in der Grundschule, das Politische zum Gegenstand der politischen Bildung zu machen und auch bewusste Abgrenzungen zum sozialen Lernen zu ziehen.

Obschon es also sowohl im sozialen als auch im politischen Lernen um die Kompetenz »Konfliktfähigkeit« geht, handelt es sich in den beiden Sphären nicht um dasselbe. Konfliktfähigkeit im sozialen Lernen bedeutet unter anderem, mit Gruppenprozessen umgehen zu können und etwa den Klassenrat als Forum zu verstehen, in dem sich Klassenbelange verhandeln und regeln lassen. Häufig geschieht dies in einer »Kultur des Konsens«.

Konfliktfähigkeit im politischen Lernen hingegen – bzw. das Ziel demokratischer Erziehung – kann in Anlehnung an Reichenbach jedoch darin gesehen werden, in die Kultur des Dissens und in den öffentlichen Gebrauch der Vernunft einzuführen, wobei Ersteres eine Frage der Gewöhnung und Letzteres eine Frage der Einübung und Erfahrung ist (Reichenbach 2007).

In unserem Verständnis verpflichtet sich elementare politische Bildung in der Grundschule, welche in diese »Kultur des Dissens« einführen will, sozialwissenschaftlicher Aufklärung. Gefordert sind folglich Lernarrangements, welche einen analytischen Blick auf Politik erlauben. Das Konflikthafte und damit Politische ist in den Themen des Sachunterrichts herauszuarbeiten. Mit Blick auf die eingangs dieses Artikels skizzierte Schülerdiskussion würde dies bedeuten, aufzuzeigen, dass das »Wir« in einer Demokratie aus vielen Gruppen- und Einzelinteressen besteht und dass um Problemdefinitionen, Entscheidungen und Regelungen öffentlich gerungen werden muss.

Handlungsorientierte politische Bildung

Der öffentliche Gebrauch der Vernunft verlangt laut Reichenbach nach Übung. Diesem

Literatur

- Asal, Kathrin & Burth, Hans-Peter: Schülervorstellungen zur Politik in der Grundschule. Lebensweltliche Rahmenbedingungen, politische Inhalte und didaktische Relevanz. Eine theoriegeleitete empirische Studie: Budrich UniPress Ltd., Opladen Berlin Toronto 2016
- Dängeli, Michel & Kalcsics, Katharina: Politische Vorstellungen von Primarschülerinnen und -schülern zu ausgewählten Lerngegenständen. In: Adamina et al.: »Wie ich mir das denke und vorstelle...«. Vorstellungen von Schülerinnen und Schülern zu Lerngegenständen des Sachunterrichts und des Fachbereichs Natur, Mensch, Gesellschaft. Verlag Julius Klinkhardt, Bad Heilbrunn 2018, S. 253–268
- Flügel-Martinsen, Oliver: Die angegriffene Demokratie. Ein Plädoyer für die Wiederentdeckung demokratischer Emanzipationspolitik. In: Zeitschrift Politik Unterrichten, Ausgabe PU 2/2013
- Kuhn, Hans-Werner: Konflikte. Thema und Methode. In: Richter, Dagmar (Hrsg.). Gesellschaftliches und politisches Lernen im Sachunterricht. Verlag Julius Klinkhardt, Bad Heilbrunn 2004; S. 37–52
- Ohlmeier, Bernhard: Demokratische Streitkultur in der Grundschule. In: Kursiv. Journal für Politische Bildung. Heft 3/2009, S. 40–50
- Reichenbach, R.: »Demokratie ist das, was die Gemeinschaft durcheinanderbringt«. Bemerkungen zur Metaphorik der Politischen Bildung. In: Bucher, A (Hrsg.): Moral, Religion, Politik: Psychologisch-pädagogische Zugänge. Festschrift für Fritz Oser. LIT Verlag, Wien 2007, S. 57–72
- Reinhardt, Sibylle: Schulleben und Unterricht – nur der Zusammenhang bildet politisch und demokratisch. In: Zeitschrift für Pädagogik 55 (2009) 6, S. 860–871
- Thormann, Sabine: Politische Konflikte im Unterricht. Empirische Rekonstruktionen zu Unterrichtsarrangements am Gymnasium. Springer Verlag, Wiesbaden 2012

Anliegen kann politische Bildung im Sachunterricht insofern entsprechen, als dass die Lernarrangements handlungsorientiert gestaltet werden. Im politischen Lernen sind dabei kognitiv unterstützende Handlungen gemeint, welche es den Schülerinnen und Schülern erlauben, ihre politischen Konzepte auszudifferenzieren. Für den Unterricht gilt es daher a) für Kinder bedeutsame politische Phänomene zu benennen und b) Lernaufgaben zu entwickeln, welche ausgehend von solchen Phänomenen die analytische Auseinandersetzung mit Politik handlungsorientiert unterstützen, womit kommunikatives Handeln (Diskutieren, Debattieren etc.) gemeint ist. Es kann lohnend sein, die politikwissenschaftliche Methode der Policy-Analyse zu adaptieren. Dabei geht es darum, an konkreten Inhalten z. B. zum Gemeinwohl herauszuarbeiten, welche Akteurinnen und Akteure involviert sind und welche Interessen von den verschiedenen Gruppierungen verfolgt werden. So können Kinder, deren Sicht auf politische Lösungen stark vom Elternhaus geprägt ist, mit der Zeit neue und unterschiedliche Perspektiven kennenlernen. Bezogen auf die übergreifenden Denk-, Arbeits-, Handlungsweisen, die der Perspektivrahmen Sachunterricht vorschlägt, können Schülerinnen und Schüler durch methodisches Vorgehen das *Erkennen/ Verstehen, Eigenständig-Erarbeiten, Evaluieren/ Reflektieren und »Neuen Sachen«* – interessiert – Begegnen üben und weiterentwickeln.

Schule als Ort für politische Erfahrungen?

Während Schülerinnen und Schüler den öffentlichen Gebrauch der Vernunft im Unterricht durch Recherchen, Analysen, Debatten und dergleichen üben, bleibt die Frage bestehen, ob in der Schule auch echte politische Erfahrungen gemacht werden können? Rasch steht in diesem Zusammenhang jeweils die Forderung nach Partizipation im Raum. Ziehen wir Lehrpläne und Kompetenzbeschreibung heran, um zu klären, welches Verständnis von Partizipation gemeint ist, dann wird rasch ersichtlich, dass es meist darum geht, Schülerinnen und Schüler auf ihre spätere Rolle als Bürgerin oder Bürger vorzubereiten. Sie sollen sich verschiedene Kompetenzen aneignen, um zukünftig partizipieren zu können. Ein solches »Vorratswissen« bzw. »Vorratskönnen« wird in der Politikdidaktik jedoch stark kritisiert und überdies scheint es auch kaum geeignet, um die spätere politische Par-

tizipation der Schülerinnen und Schüler wirklich zu fördern.

Zukünftige politische Partizipation ist augenfällig auch nicht geeignet, um politische Erfahrungen zu sammeln und im Klassenrat lassen sich – wie wir in diesem Artikel zu zeigen versuchten – primär Erfahrungen im sozialen und nicht im politischen Lernen machen. Wo finden sich in Schulen also überhaupt Möglichkeiten für politische Erfahrungen? Potenziell liegt sicher in einem Schulrat. In einem Gremium also, in das sich Schülerinnen und Schüler wählen lassen können. Der Schulrat wird aber nur dann zum politischen Erfahrungsraum, wenn er über echte Kompetenzen verfügt, die erlebbare Institution Schule mitzugestalten. Hierfür müssen sich Schulleitung, Lehrer- und Schülerschaft Macht teilen; dem Schulrat muss es möglich sein, eigene Themen zu setzen und letztlich muss es den Schülerinnen und Schülern zugemutet werden, die Konsequenzen ihrer Entscheidungen zu tragen. Ob diese Vision im dichten Regelwerk heutiger Schulen umsetzbar ist, darüber lässt sich trefflich streiten. Glücklicherweise sind wir ja eben nicht alle gleicher Meinung, und Demokratie ist und bleibt ohnehin stets »im Kommen« – das trifft selbstredend auch auf demokratische Schulkulturen zu. ■



Illustration: Liliane Oser